

Hinweisblatt zum Datenschutz

Erhebung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Veranlagung zur Niederschlagswassergebühr (Einleitungsgebühr für die Niederschlagswasserentsorgung) – Pflichtinformationen gem. Art. 12 ff DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt in Übereinstimmung mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung und mit den für uns geltenden landesspezifischen Datenschutzbestimmungen. Mit unserer Datenschutz-erklärung möchten wir Sie unter anderem über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten, über die Art und den Zweck von deren Verwendung, die hierfür jeweils maßgebliche Rechtsgrundlage sowie über die Ihnen zustehenden Rechte informieren.

Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Verantwortliche Stelle:

Wasser- und Abwasserzweckverband Gotha
und Landkreismunicipalitäten,
Kindleber Str. 188, 99867 Gotha
Tel.: 03621 / 387-30
Fax.: 03621 / 387-435
E-Mail: info@wazv-ql.de

Datenschutzbeauftragter:

E-Mail: datenschutzbeauftragter@wazv-gotha.de

1. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck von deren Verwendung

1.1 Erhebung und Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 2 e DS-GVO)

Die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der personenbezogenen Daten ist für die Gebührenerhebung dringend notwendig und erfolgt in Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt (ThürDSG § 19 Abs. 2 S. 1 / DS-GVO Art. 6 Abs. 1e)

Die Erhebung Ihrer Daten findet grundsätzlich bei Ihnen selbst statt. Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten, die sich aus dem Thüringer Kommunalabgabengesetz und dem Satzungsrecht des Zweckverbandes ergeben, notwendig. Aufgrund Ihrer Mitwirkungspflichten ist es unumgänglich die von uns angeforderten personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen.

Zur Ermittlung der Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Einleitungsgebühr für die Niederschlagswasserentsorgung nach der Entwässerungssatzung, EWS, und der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung, BGS-EWS, in der jeweils gültigen Fassung ist die Verwendung der erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der Unteren Wasserbehörde, des Einwohnermeldeamtes und des Katasteramtes durch den Zweckverband zulässig.

Sofern Sie benötigte Daten nicht zur Verfügung stellen, erfolgt die Veranlagung aufgrund der vom Zweckverband aus öffentlichen Quellen zu ermittelnden Daten.

1.2 Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Artikel 13 Abs. 1 c DS-GVO)

Die Zwecke der Datenverarbeitung ergeben sich aus gesetzlichen Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 c DS-GVO) und/oder liegen im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 e DS-GVO). Die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Datenerhebung und nachgelagerter Veranlagung zur Niederschlagswassergebühr erfolgt aufgrund satzungsgemäßer Verbandsaufgaben.

1.3 Datenkategorien

Folgende Datenkategorien werden erhoben, verarbeitet und genutzt:

Daten zur Person:	Name, Vorname, Titel
Anschrift:	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort
Eigentumsverhältnisse	
Grundstücksdaten :	Bezeichnung des Grundstücks (Gemarkung, Flur, Flurstück), Anschlussituation, Nutzung, bebaute Fläche

1.4 Empfänger der Daten (Artikel 13 Abs. 1 e DS-GVO)

Innerhalb des Zweckverbandes erhalten diejenigen Bereiche Zugriff auf die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen und die zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt sind. Es erhalten ausschließlich diejenigen Stellen die von Ihnen überlassene Daten, die diese aus gesetzlichen Gründen benötigen, z. B. zuständige Behörden und Gerichte.

Im Rahmen unserer Aufgabenerfüllung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen, z. B. Rechenzentrumsdienstleister, EDV-Partner, Aktenvernichter etc. Diese Auftragsverarbeiter werden von uns vertraglich zur Einhaltung der berufsrechtlichen Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung der Vorgaben der DS-GVO und des BDSG bzw. ThürDSG verpflichtet.

1.5 Drittstaatentransfer (Artikel 13 Abs. 1 f DS-GVO)

Eine Übermittlung der von Ihnen überlassenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt in keinem Fall.

1.6 Entscheidungsfindung

Zur Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten kommt keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung (einschließlich Profiling) gem. Art. 22 DS-GVO zum Einsatz.

1.7 Dauer der Verarbeitung (Kriterien der Löschung) (Artikel 13 Abs. 2 a DS-GVO)

Der Wasser- und Abwasserzweckverband verarbeitet und speichert personenbezogene Daten betroffener Personen nur solange, wie dies zur Zweckerfüllung erforderlich ist oder soweit dies gesetzlich geboten ist.

Bspw. können handels- und steuerrechtliche aber auch satzungsgemäße Aufbewahrungsfristen einer Löschung entgegenstehen.

2. Betroffenenrechte

2.1 Rechte der betroffenen Person (Artikel 13 Abs. 2 b DS-GVO)

Sie haben als betroffene Person gemäß DS-GVO das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.

2.2 Beschwerderecht (Artikel 13 Abs. 2 d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS -GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt ([https:// www.tlfdi.de](https://www.tlfdi.de)).

2.3 Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DS-GVO:

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

2.4 Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Sollte im Rahmen einer zukünftigen Verarbeitung eine Zweckänderung vorgenommen werden, werden Sie hierüber informiert, soweit hierzu eine gesetzliche Pflicht besteht.